



DIE LINKE.



An die Bürgervorsteherin
Frau Karin Himstedt

Eckernförde, den 08.06.2019

Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/die Grünen, DIE LINKE und Ratsfrau Rautenberg

Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin,
für die nächste Ratsversammlung am 27. Juni 2019 bitten wir folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu bringen:

Antrag: Resolution Klimanotstand

Beschluss für die Ratsversammlung am Do. 27. Juni:

Die Stadt Eckernförde erkennt den Climate Emergency an und strebt das Ziel „klimaneutrale Stadt“ an.

Zusätzlich zum bestehenden Klimaschutzkonzept soll ein Masterplan Klimaschutz entwickelt werden.

Es ist zu prüfen, wie wir unser Ziel, klimaneutral zu werden, erreichen können.
Die Stadtverwaltung wird gebeten, entsprechende Maßnahmen und Kosten darzustellen.

Die Ratsversammlung schließt sich der Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency an.
Die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen hat für uns Priorität.

Die Stadt unterstützt zudem ausdrücklich das Engagement allerjenigen, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Auch die Stadt Eckernförde sieht im menschenverursachten Klimawandel eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. Die Stadt Eckernförde ist bestrebt, die klimafreundliche Stadtentwicklung in Eckernförde weiter voranzutreiben. Mit der unmittelbaren Nähe zur Ostsee liegt Eckernförde in einer Region, welche nach dem Stand der Wissenschaft schon mittelfristig von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein wird. Neben dem Klimaschutzkonzept sieht sich die Stadt deshalb auch in der Verpflichtung, das Thema Klimaschutz in Eckernförde in allen Bereichen auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen in Eckernförde.

Daher sollen soziale, ökologische und ökonomische Belange klug miteinander verzahnt werden.
ECKERNFÖRDE IST HAFENSTADT UND TOURISMUSSTANDORT. DIESEM UMSLAND WERDEN WIR RECHNUNG TRAGEN UND KLIMASCHUTZ SOWIE HEIMISCHE WIRTSCHAFT SOWEIT WIE MÖGLICH VEREINBAREN.

Bei allen Handlungen und Beschlüssen der Stadt Eckernförde und der Selbstverwaltung werden wir die Auswirkung auf das Klima berücksichtigen. Ziel ist es, bei allen Maßnahmen die Auswirkung auf das Klima so gering wie möglich zu halten bzw. Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern. Diesen Grundsatz werden wir auf die städtischen Beteiligungen übertragen.

Die Stadt Eckernförde fordert daneben die Bundes- und Landesregierung auf, ihr Engagement im Klimaschutz zu verstärken. Daneben müssen Bund und Land die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die den Kommunen die Möglichkeit geben, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel einzudämmen.

Für die Fraktionen gez.
Edgar Meyn, Barbara Davy und Ratsfrau Doris Rautenberg